



Niederschrift

24. Sitzung Hauptausschuss
30. November 2021, 16:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitz: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

3.

Punkt 3 der Tagesordnung: Keine sexistische Werbung im öffentlichen Raum!

Antrag: DIE LINKE.

Vorlage: 2021/1161

Beschluss:

Antrag erledigt

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 3 zur Behandlung auf.

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.) lobt die Stellungnahme der Verwaltung. Sie zeigt sich erfreut, dass auch die Gesellschaften entsprechende Regelwerke entwickeln. Sie betont die Bedeutung einer Beschwerdestelle.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE) weist auf die Verantwortung der Werbebranche hin. Sie begrüßt daher den vorgeschlagenen Weg der Stadtverwaltung und dankt der Gleichstellungsbeauftragten sowie der Fraktion der LINKE. für diesen Antrag. Sie fragt nach dem Umgang mit bereits bestehenden Verträgen. Sie spricht sich für eine zentrale Anlaufstelle aus, an die sich die Bürger*innen wenden können.

Stadträtin Melchien (SPD) zeigt sich erfreut über den eingeschlagenen Weg und hofft auf eine handhabbare rechtssichere Umsetzung.

Stadtrat Hofmann (CDU) wertet die Vorgehensweise ebenfalls als gutes Zeichen, wenngleich er in der tatsächlichen Umsetzung einen hohen Auslegungsbedarf feststelle.

Stadtrat Schnell (AfD) verweist auf den Deutschen Werberat, der als zentrale Anlaufstelle über Beschwerden insbesondere für sexistische Werbung, fungierte. Da Werbung oftmals bundesweit erfolge, sei eine Beschwerdestelle, die lediglich Karlsruhe abdecke, nicht zielführend.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR) befürwortet landes- oder bundesweite Regelungen zu sexistischer Werbung, da Sachverhalte oftmals auch unterschiedlich bewertet werden könnten.

Der Vorsitzende fasst zusammen, dass nun eigene Werberichtlinien erstellt werden würden. Die Einrichtung einer Beschwerdestelle beziehe sich auf die Regelungen, die sich Karlsruhe selber gebe.

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.) verharret, dass es für die städtischen Werbeflächen auch städtische Richtlinien geben solle. Sie verweist auf die Erfahrungen der Stadt München. Sie ist damit einverstanden, dass das Beschwerdemanagement über ka@feedback abgewickelt werde.

Der Vorsitzende schlägt auf Nachfrage von **Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI)** vor, dass sich die Gleichstellungsbeauftragten der städtischen Gesellschaften zunächst untereinander abstimmen. Den Vorschlag bereits jetzt Rückmeldungen zu sexistischer Werbung über ka@feedback geben zu können, befürwortet er. Abschließend stellt er fest, nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, dass sich der Antrag erledigt habe.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
13. Dezember 2021